

Stand: 27.06.2026 08:53:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2673

"Stromtrassen - Umfassende Transparenz herstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2673 vom 15.07.2014
2. Beschluss des Plenums 17/2745 vom 16.07.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 16.07.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Stromtrassen – Umfassende Transparenz herstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag fortlaufend und umfassend über Diskussionsstand und Ergebnisse der Beratungen über Stromtrassen durch Bayern zu berichten. Die Kommunen sind in diese Debatte umfassend mit einzubeziehen.

Begründung:

Die Staatsregierung und der Landtag lehnen die geplante Kohlestromtrasse von Bad Lauchstädt nach Meitingen ab. Es zeichnet sich ab, dass die im Bundesbedarfsplangesetz noch enthaltene Stromleitung so nicht realisiert wird.

Zwischenzeitlich befasst sich aber eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene mit möglichen Varianten. Das Thema „Stromtrasse in Bayern“ ist also definitiv doch noch nicht vom Tisch.

Es muss verhindert werden, dass Debatten hinter verschlossenen Türen verhandelt werden.

Medienberichten zufolge gibt es Überlegungen, in einer Volksbefragung die Bürger des Freistaats Bayern an der Entscheidung zu beteiligen. Dies setzt aber fortlaufende und umfassende Information über das ob und ggf. das wie eines derartigen Projekts voraus.

Die Unterrichtung muss auch darauf eingehen, wie sich die auf Bundesebene gebildete „Arbeitsgruppe“ zusammensetzt und welche Kompetenzen sie besitzt. Außerdem sind die Bürger darüber zu unterrichten, welchen rechtlichen Einfluss ein etwaiges Votum bei einer Volksbefragung auf die Entscheidung über Stromtrassen auf Bundesebene hat.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/2673

Stromtrassen – Umfassende Transparenz herstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Martin Stämpfig

Abg. Bernhard Pohl

Staatsministerin Ilse Aigner

Abg. Hubert Aiwanger

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

Transparenz bei Stromtrassenverhandlungen (Drs. 17/2668)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Stromtrassen - Umfassende Transparenz herstellen (Drs. 17/2673)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Erwin Huber, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)

Verhandlungen über Stromtrassen (Drs. 17/2678)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kohnen von der SPD. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Guten Morgen an alle, die es geschafft haben, heute früh aufzustehen. Die CSU ist nicht so zahlreich erschienen, aber das macht nichts. Mein zentraler Ansprechpartner ist da. Auch die Frau Wirtschaftsministerin ist da. Insofern sind wir für die Diskussion komplett, zumal auch Thorsten Glauber in seinem schicken Fußballshirt da ist.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fakt 1: Im Juni 2013, vor einem Jahr, hat Schwarz-Gelb in Berlin den Bundesnetzausbau beschlossen, also auch den Trassenausbau in Bayern. Die CSU im Bund wie im Land hat das in Regierungsverantwortung mit geplant. Fakt 2:

Am 18. Dezember 2013 forderte die bayerische Wirtschaftsministerin Aigner mehr Tempo beim Netzausbau. Sonst drohe totaler Stromausfall. Das ist vor gut einem halben Jahr gewesen. Fakt 3: Anfang Februar 2014 äußerte der Bayerische Ministerpräsident seine Überraschung über die geplanten Trassenverläufe. Die seien mit ihm nicht abgesprochen. Ich würde sagen: Sonderbar, fast schon suspekt, da er sie selbst in Berlin geplant hat. Man könnte vermuten, es handele sich um einen Fall von Amnesia, aber wir wissen es nicht.

Seehofer schließt nun die Koalition mit dem Bürger, die er schon ein halbes Jahr vorher beim Stopp der Windkraft angekündigt hat. Die Kommunalwahl steht vor der Tür. Dafür braucht Seehofer den Bürger an der Wahlurne. Jetzt stelle ich Ihnen, Frau Aigner, und auch Ihnen, Herr Huber, die zentrale Frage: Wie soll denn die Energiewende in Bayern gehen? - Das fragt sich nicht nur die Opposition, sondern das fragen sich auch die Wirtschaftsverbände, die angesichts von Leitungsengpässen und rasant steigender Netzinstabilität in großer Sorge sind - und das schon seit Monaten. Es gibt seit fast einem Jahr kein gültiges Energiekonzept; es ist sang- und klanglos verschwunden. Die einstige Energieagentur im Wirtschaftsministerium ist still und leise aufgelöst worden. Der Energiebeirat der Energieagentur ist weg. Der Windkraft wird das Totenglückchen geläutet, und zu den Stromleitungen heißt es: Nein, nicht in Bayern, aber durchaus in den anderen Bundesländern. Kurz gesagt: Die Energiewende befindet sich im totalen Blindflug.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Aigner, Herr Huber – der Herr Ministerpräsident ist nicht da -, wir fordern Sie heute auf: Beenden Sie den Blindflug, kündigen Sie nicht ein Energiekonzept für September, ein Jahr nach der Landtagswahl, an, sondern legen Sie ab heute Ihre Überlegungen offen! Kündigen Sie nicht plötzlich Stromtrassen an – das haben Sie vor sieben Tagen getan -, nachdem Sie ganz Bayern fünf Monate lang in diesem Punkt ganz verrückt gemacht und überall versprochen haben, es werde keine Stromtrassen geben.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern Sie auf: Legen Sie ab heute offen, welche Planungen und Überlegungen Sie zu den Stromtrassen haben. Nehmen Sie die Menschen endlich in aller Ehrlichkeit mit. Sie wissen, dass die Energiewende unser Land verändern wird. Man wird die Energiewende sehen. Die Leitungen werden über der Oberfläche verlaufen. Wir werden Windräder sehen – wir sehen sie bereits -, wir werden Photovoltaikanlagen sehen – wir sehen sie bereits -, und wir werden auch Leitungen sehen. Doch müssen die Menschen vor Ort endlich verstehen und mitentscheiden, warum, wo und wie viel kommen wird.

Brauchen wir Leitungen? Ja oder nein? Wie viele? Warum, oder warum nicht? - Das alles sind Fragen, die Sie nicht beantworten. Erzeugen wir genug erneuerbare Energien in unserem eigenen Land? Wenn nicht, warum nicht? Ich nenne nur ein Stichwort: 10-H-Regelung. Streuen Sie den Bürgern keinen Sand in die Augen, indem Sie eine Volksbefragung ankündigen, wenn es kantig wird, wie es der Ministerpräsident formuliert hat. Die Energiewende lässt sich nicht mit einigen Fragen beantworten. Dafür ist sie viel zu kompliziert, und das wissen Sie. Stellen Sie also keine Fragen, sondern beteiligen Sie umgehend die Bürger, die Wirtschaftsverbände, die Kommunen und die Politiker an den Planungen zur Energiewende.

(Beifall bei der SPD)

Erklären Sie nicht, Sie würden in Berlin über neue Trassenverläufe verhandeln und gäben im September Bescheid, wie es laufen sollte, und bis dahin würden Sie nichts verraten. Das hat übrigens Seehofer selber gesagt, der angeblich die Koalition mit dem Bürger will. Auf der anderen Seite hat er gesagt, er wolle bis September mit den Bürgern nicht sprechen. Das könnte man schon fast als schizophren bezeichnen. Das macht in Bayern keiner mit. Legen Sie die Verhandlungen offen, und erklären Sie, wie Sie sich die Energiewende tatsächlich vorstellen. Tun Sie das bitte ab heute, und lassen Sie sich dabei beraten. Frau Aigner, setzen Sie sich endlich durch.

(Beifall bei der SPD)

Denn mal ehrlich, Frau Aigner: Ihr Ministerpräsident ist in Sachen Energiewende schon längst in der Sackgasse. Er hat sich schon komplett verkantet. Setzen Sie sich doch ans Steuer! Lenken Sie die Energiewende; denn Ihr Ministerpräsident ist seit einem Jahr dazu nicht mehr in der Lage. Wir machen mit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die CSU-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. - Als nächster Redner hat jetzt Kollege Thorsten Glauber von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Guten Morgen, Herr Präsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste im Haus! Die "Nürnberger Nachrichten" schrieben am Montag, dem 14. Juli 2014, die CSU habe sich im Trassenausbau völlig verheddert. Der Bayerische Ministerpräsident hat der Vizeministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin öffentlich per Zeitung einen Maulkorb umgehängt. Bis September solle über Trassenplanungen nicht mehr diskutiert werden. Schauen wir doch einmal zurück, wie die Debatte über die Trassenplanung verlaufen ist. Gehen wir zurück in das Jahr 2011. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was geschah denn im Jahr 2011? - Wir hörten hier, dass der Ministerpräsident in seiner Rede zu Fukushima sagte: Fukushima verändert alles. Bayern wird in Zukunft beim Umbau der Energieversorgung Spitzenreiter in Deutschland sein. – Das hat er damals hier gesagt. Was ist daraus geworden? - Die Staatsregierung hat uns zwar ein Energiekonzept vorgelegt. Es wird jedoch von der Wirtschaftsministerin, Frau Aigner, angezweifelt; im September will sie uns ein neues vorlegen. Angesichts dessen frage ich als Ingenieur: Was hat sich denn seit 2011 geändert? Was hat sich seit dem Ausstiegsbeschluss des Bundestages geändert? Fakt ist nach wie vor: Im Jahr 2015 wird das

AKW Grafenrheinfeld vom Netz gehen. Im Jahr 2017 folgt der erste Block von Gundermungen, im Jahr 2021 der zweite. Ich als Ingenieur stelle fest: Die faktische Lage hat sich im Vergleich zu der im Jahr 2011 nicht geändert.

Was haben die Minister dieser Staatsregierung in den vergangenen drei Jahren für die Energiewende getan? Im Jahr 2011 wurde das Energiekonzept "Energie innovativ" beschlossen. Ich stelle fest: Geändert hat sich nichts, außer dass anstelle des FDP-Wirtschaftsministers Frau Aigner in das Amt gekommen ist. Frau Aigner, Sie sind noch nicht so lange im Amt; daher will ich Ihnen nicht alle Fehler anlasten. Aber es kann nicht sein, dass Sie als neue Ministerin ankündigen, ein neues Konzept zu stricken. Das können Sie zwar gern tun; aber damit erzeugen Sie in der Wirtschaft und in der Bevölkerung große Unsicherheit, die Sie kaum noch eindämmen können.

Im Bundestag bzw. im Bundesrat stimmte die CSU – der Ministerpräsident an allererster Stelle – für die Hochspannungsübertragungsleitungen. Auch weil die Bevölkerung aufbegehrt, wollen Sie heute nichts mehr davon wissen. Ich kann verstehen, dass das für Sie unangenehm ist. Wenn wir alle aber im Jahr 2011 einen entsprechenden Beschluss gefasst haben, müssen wir ehrlich sein und der Bevölkerung sagen, dass sich das Gesicht Bayerns verändern wird. Sie haben uns ein Konzept vorgelegt, in dem Sie den Bau von fünf Gaskraftwerken in Bayern ankündigen. Das muss für den Wirtschaftsstandort Bayern nicht das Schlechteste sein. Vielleicht sind es statt fünf großer 15 mittlere oder 100 kleinere. Letzteres wäre aus unserer Sicht ein Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Bayern.

Wenn wir im Rahmen des Konzepts "Power to Gas" Strom in Gas umwandeln und das entstehende Methan im Gasnetz speichern, haben wir bei Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Drucks einen Energievorrat für 45 Tage; bei Erhöhung des Drucks verlängert sich der Zeitraum auf 60 Tage.

(Markus Blume (CSU): Wer soll das zahlen?)

- Kollege Blume, der wirtschaftliche Erfolg läge in Bayern – das wissen doch auch Sie als bayerischer Wirtschaftspolitiker –, weil wir das Gas in Bayern verstromen würden und die Wertschöpfung vor Ort hätten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben zehn Jahre gebraucht, um die Notwendigkeit des Breitbandausbaus zu verstehen und dafür 1,5 Milliarden Euro in die Hand zu nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für die Energiewende haben wir nicht so lange Zeit. Ich wiederhole: Im Jahr 2011 haben wir hier in diesem Haus politische Beschlüsse zur Energiewende gefasst. Wenn wir über ein neues Energiekonzept sprechen, dann geht es auf keinen Fall ohne eine klare Positionierung zur Trassenfrage. Wir werden es nicht akzeptieren, dass Sie die Trassendebatte in Hinterzimmern führen und uns irgendwann im September einen Plan auf den Tisch legen, mit dem wir vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Falls Sie an Ihrem Energiekonzept festhalten, brauchen Sie über die Trasse überhaupt nicht mehr zu sprechen. Dann arbeiten Sie aber bitte auch so; arbeiten Sie mit dezentralen Strukturen! Treffen Sie für Bayern keine 10-H-Regelungen, die für die Wertschöpfung in unserem Freistaat völlig kontraproduktiv sind! Dann brauchen Sie die Trasse nicht zu ertragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden es, wie gesagt, nicht akzeptieren, dass die Verhandlungen in Hinterzimmern geführt werden und uns nach der Sommerpause, im September, irgendeine Trassenführung präsentiert wird. Der Clou ist: Falls Sie sich nicht zu einer politischen Entscheidung durchringen können, soll die Bevölkerung darüber entscheiden. Aber auf welcher Grundlage sollen die Bürger entscheiden, wenn Sie kein Konzept vorlegen? Worauf soll eine solche Entscheidung fußen?

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie können ein Volksbegehren starten!)

- Aber die Bürger müssen vorher wissen, worüber sie abstimmen sollen. Herr Kreuzer, Sie müssen den Bürgern erklären, was Sie mit Ihrem Energiekonzept überhaupt erreichen wollen. Dann kann man die Bürger darüber abstimmen lassen. Aber so, wie Sie Energiepolitik betreiben, wird das nichts.

Eines noch: Es war richtig, dass der Bayerische Ministerpräsident gestern unsere Fußballer in München empfing. Das haben sie sich verdient. Klar ist aber auch: Wenn Jogi Löw unsere Mannschaft ohne Konzept hätte spielen lassen, hätten wir in dem Spiel gegen Brasilien sieben Tore bekommen. Leider betreibt die Staatsregierung ihre Energiepolitik genau so: konzeptionslos.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt hat. - Jetzt hat Kollege Jürgen Baumgärtner von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Jürgen Baumgärtner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Kohnen, Kollege Glauber, ich spreche zu dem Punkt, der auf der Tagesordnung steht, nämlich zu der Transparenz der Verhandlungen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Aha!)

Ich eröffne hier keine allgemeine politische Auseinandersetzung über die Energiewende.

(Volkmar Halbleib (SPD): Haben Sie davor Angst?)

Meine Damen und Herren, es ist gut für die künftigen Generationen in Bayern und in ganz Deutschland, dass wir die Diskussion über die Stromtrassen führen. Grundlage

ist unsere Entscheidung, aus einer Technologie, die nicht beherrschbar ist, auszustei-
gen. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir diese Entscheidung gemeinsam vorangebracht
haben. Ich darf das so formulieren - -

(Unruhe bei der SPD)

- Zuhören bildet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nicht bei allen Rednern!)

Ich darf das so formulieren, weil ich mich auch als Bezirksvorsitzender der Jungen
Union immer dafür engagiert habe, dass wir aus dieser Technologie aussteigen.
Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werbe heute um Zustimmung zu einem
Antrag der CSU-Fraktion, in dem klar zum Ausdruck kommt: Es wird keine Stromtras-
sen geben, die in einem Kohlegebiet beginnen. - Das ist die Position der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Ich werbe heute um Zustimmung zu unserem Antrag, in dem wir beschreiben, wie wir
diese große Herausforderung bewältigen wollen. Bevor wir tiefer einsteigen, ist es
wichtig, dass wir zunächst einmal gemeinsam den Energiebedarf in Bayern ausloten.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Seit 2011 haben Sie Zeit!)

Nachdem wir wissen, was wir in Bayern brauchen, überlegen wir uns gemeinsam, wo
wir diese Energie erzeugen wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wissen Sie das nicht? Sind Sie ahnungslos? Das soll-
ten Sie längst wissen! Danke für das Eingeständnis, Herr Kollege!)

Wir als CSU – und ich persönlich – stehen für regionale Energieerzeugung. Falls wir
am Ende noch Trassen brauchen, werden wir uns überlegen, wo sie verlaufen und wie
wir den Trassenbau organisieren. Für uns ist es wichtig, den Lebensraum der Men-
schen lebenswert zu erhalten. Das ist die Prämisse der CSU. Wir wollen Stromtrassen

in der Nähe von bereits vorhandener Energieinfrastruktur bündeln. Wir plädieren für die Erdverkabelung und fordern ausreichende Abstände zu Siedlungen bzw. Wohnbauten. All das besagt unser Antrag.

Ich sage Ihnen auch: Ich bin sehr dafür, dass wir am Ende der Verhandlungen von der Regierung darüber informiert werden, was von unseren Forderungen übrig geblieben ist.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Nicht viel!)

Wir werden die Anträge der Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER ablehnen, weil wir sie handwerklich nicht für gelungen halten. Es ist nicht zielführend, fortlaufend aus Verhandlungen zu berichten. Das ist der Kernpunkt unserer Kritik.

(Beifall bei der CSU)

Zielführend ist es dagegen, am Ende zu schauen, was in den Verhandlungen erreicht wurde. Dann werden wir hier im Hohen Haus noch einmal darüber diskutieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber der Ministerpräsident darf jederzeit schwadronieren?)

Dann gehen wir mit diesem Gesamtkonzept heraus in die Bevölkerung, das heißt, wir diskutieren mit den Menschen vor Ort. Gegebenenfalls schleifen wir im Parlament noch einmal nach. Unser Ziel ist es, die Energiewende gemeinsam auf den Weg zu bringen. - Ich werbe um Zustimmung zu dem Antrag der CSU-Fraktion. Die Anträge der Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): "Nachschleifen" – wie soll das aussehen?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Kohnen zu?

Jürgen Baumgärtner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Immer gern.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Lieber Herr Baumgärtner, ich habe eine gewisse Sorge, da Sie heute noch nicht wissen, wie viel Strom wir tatsächlich brauchen. Im Jahr 2011, nach Fukushima, war die Notwendigkeit des Ausstiegs aus der Atomenergie endlich auch in der CSU angekommen. Wir haben vor drei Jahren beschlossen, wann wir die Atomkraftwerke vom Netz nehmen wollen. Es sollte uns äußerst besorgt machen, dass sich die CSU noch keine Meinung dazu gebildet hat, wie viel Strom wir in Bayern brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe folgende Frage: Sie sagen in Ihrem Antrag und haben es gerade auch noch einmal mündlich betont, dass Sie für Erdverkabelung – wo möglich – und für Mindestabstände – wo notwendig – sind. Warum haben Sie denn in den letzten drei Jahren, als Sie auch in Berlin in Regierungsverantwortung waren, den Anträgen der SPD, die damals in der Opposition war, nicht zugestimmt, mit denen wir Erdverkabelung, wo möglich, und Mindestabstände, wo notwendig, gefordert haben?

(Zuruf von der CSU: Zwischenfrage! Das ist ja ein Statement!)

Sie haben damals Nein gesagt; heute sagen Sie Ja.

Wenn es handwerklich zielführend sein soll, erst nach Verhandlungen zu berichten, dann frage ich Sie – –

(Unruhe bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, ich darf Sie darauf hinweisen, dass es um eine Zwischenfrage gehen soll und nicht um eine Erklärung.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Meine Zwischenfrage verbinde ich mit einem "und": Warum ist es denn handwerklich zielführend, erst nach Verhandlungen zu berichten, wenn sich gleichzeitig an allen Ecken und Enden Bayerns Bürgerinitiativen gegen eine Trasse bilden, weil die Bürger völlig verunsichert sind? Ist das für Sie handwerklich zielführender?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Herr Kollege Baumgärtner.

Jürgen Baumgärtner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Kohnen, ich will das beantworten. Für mich ist in der Tat nicht klar, wie der Strombedarf in Bayern aussieht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha! Hört, hört! Seit drei Jahren!)

– Ja: Hört, hört. – Mir ist es ganz wichtig, dass die Bundesnetzagentur auf den Tisch legt, wie viel Strom wir in Bayern tatsächlich brauchen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dazu braucht man die Bundesnetzagentur? Um zu wissen, wie viel Strom in Bayern gebraucht wird? Das ist ja hanebüchen!)

Wenn wir das wissen, ist es mir wichtig, dass wir überlegen, woher wir diesen Strom organisieren. Der dritte Schritt ist, diesen Strom dann zu den Menschen zu bringen.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Die Frage, die Sie noch gestellt haben, warum es eine Entscheidung gegen Erdverkabelung gab, will ich hier deutlich beantworten: Ich weiß es nicht. Ich bin seit neun Monaten in diesem Parlament. Ich selbst war immer für Erdverkabelung – dort, wo es möglich ist. Dafür werde ich mich auch engagieren und einsetzen. Ich kann nur das verantworten, wofür ich auch in Verantwortung war. Dabei bleibt es.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, auch Herr Kollege Glauber hat sich zu einer Zwischenfrage gemeldet – oder zu einer Zwischenbemerkung?

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Zwischenfrage!)

– Zwischenfrage. Dann bitte ich tatsächlich um eine Frage. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Danke schön, Herr Präsident. – Kollege Baumgärtner, Sie haben zu Recht gesagt, dass Sie seit neun Monaten in diesem Hause sind; das muss man auch anerkennen. Aber die Daten liegen vor. Sie brauchen sie nur zu verwenden. Dann nutzen Sie sie doch auch.

(Zuruf von der CSU: Frage!)

Sie haben in Ihrer Rede davon gesprochen – –

(Zurufe von der CSU: Frage!)

– Ich stelle gerade eine Frage. Sie haben in Ihrer Rede davon gesprochen, dass Sie dezentral und lokal Energie erzeugen wollen.

(Zurufe von der CSU: Das ist keine Frage!)

Wie wollen Sie das – –

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Jetzt hören Sie doch einmal zu! – Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten – Volkmar Halbleib (SPD): Mal ein bisschen Mäßigung da drüben!)

Kollege Blume, können Sie einfach einmal zuhören?

(Anhaltende Unruhe – Volkmar Halbleib (SPD): Da muss Restalkohol im Spiel sein, Herr Präsident!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich darf das Plenum bitten, sich zu beruhigen, und Sie bitten, eine Frage zu stellen.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Wenn Sie dezentral, lokal erzeugen wollen, wie wollen Sie dann eine HGÜ-Leitung, eine Hochspannungsgleichstromübertragung, mit einer regionalen, dezentralen Energieerzeugung in Verbindung bringen? Das eine ist eine Verteilnetzebene, das andere eine Ebene, die Strom über lange Strecken leitet. Das hat überhaupt nichts miteinander zu tun.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Kollege Baumgärtner, Sie haben das Wort.

Jürgen Baumgärtner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Wissen Sie, Herr Glauber, ich habe hier formuliert, wie wir uns gemeinsam auf den Weg machen wollen. Ihre Frage unterstreicht genau das noch einmal. Würden Sie nämlich alles wissen, dann würden Sie solche Fragen nicht stellen. Noch einmal: Ich bin sehr dafür, dass wir zunächst herausfiltern, was wir wirklich brauchen. Dann überlegen wir uns gemeinsam, wie wir das organisieren wollen.

Meine Damen und Herren, als letzten Satz und Antwort auf diese Fragen: Es ist eine nationale Aufgabe. Ich warne sehr davor, dass die etablierten Parteien diese Diskussion dazu nutzen, zu polemisieren.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Zu dilettantisieren!)

Das wird allen nützen, nur nicht den etablierten Parteien.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Martin Stümpfig von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Den beiden Anträgen von SPD und FREIEN WÄHLERN zu mehr

Transparenz bei den Stromleitungen stimmen wir voll zu. Das, was unser Herr Seehofer und die Bayerische Staatsregierung zum Thema Stromnetze betreiben, ist eine reine Irreführung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

In den Monaten vor der Wahl faselte unser Herr Ministerpräsident von einer Braunkohletrasse, die auf jeden Fall verhindert werden müsse. Bayern brauche diese nicht und solle sich selbst ganz autark mit Strom versorgen.

Doch mit dieser Meinung stand er ziemlich allein. Nicht nur die gesamte bayerische Wirtschaft, sondern auch das Wirtschaftsministerium musste ihm erst einmal klar machen, dass dieser Traum von einem autarken Bayern so nicht funktionieren wird. Man kann nicht Windräder ablehnen, Pumpspeicherkraftwerke ablehnen, Gaskraftwerke fordern, die keiner mehr bauen will, und dann meinen, dieser Traum solle in Erfüllung gehen. Das funktioniert nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt, vier Wochen nach der letzten Wahl, suchen Sie, Herr Ministerpräsident, und die Bayerische Staatsregierung schnell nach einem Ausweg. Nicht nur dabei, sondern auch bei vielen anderen Fragen in diesem Freistaat rennen Sie momentan komplett hinterher. Ich nenne nur die Flüchtlingsthematik, bei der Sie nicht mehr steuern, sondern nur noch reagieren. - Bei den Stromleitungen ist ein Ausweg aber schwer zu finden. Es klappt nur noch mit einem offenen Gesetzesbruch. Kurz noch eine Anmerkung: Sie sind momentan nur in einer Disziplin spitze; Sie sind spitze, liebe CSU und Staatsregierung, beim Nichtstun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Aha!)

Es klappt also nur noch mit einem offenen Gesetzesbruch. Denn zur Erinnerung: Herr Baumgärtner, es ist von Ihnen sicherlich mutig und war taktisch vielleicht auch schlau, dass Sie hier als Neuling vorgeschoben werden. Ich bin ja auch wie Sie ein Neuling.

Wir beiden wussten nicht, was im Sommer 2013 hier im Hohen Hause alles lief. Aber im letzten Jahr, und das ist gerade ein Jahr her, auch wenn vier Wahlen dazwischen waren – das zählt ja mehr –, hat die CSU in der Bundesregierung und im Bundesrat für das Bundesbedarfsplangesetz gestimmt.

In diesem Gesetz ist ganz klar geregelt, wie der Bedarf erhoben wird und wo die Endpunkte der Leitungen sind, wo der Endpunkt von Süd-Ost liegt. Es wurde auch ganz klar abgestimmt, auch Sie haben gegen die Erdverkabelung gestimmt. Nicht Sie persönlich, Herr Baumgärtner, und auch ich nicht, aber Ihre Fraktion hat dagegen gestimmt. Heute muss man sagen: Guten Morgen, liebe CSU, die Nacht war vielleicht etwas kurz und Sie wirken auch noch etwas verschlafen; aber wachen Sie jetzt endlich auf!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Heute fordern Sie in Ihrem Antrag, wir brauchten einen strengen Maßstab, eine Bündelung der Leitungen, wir brauchten Erdverkabelung. Ja wo sind wir denn?

(Erwin Huber (CSU): In Bayern!)

– Ja, wir sind in Bayern, Herr Huber. – Das hatten Sie alles schon Jahre zuvor diskutiert: 2011, 2012, 2013. Und heute, im Juli 2014, sagen Sie, wir brauchten eine Bündelung, einen strengen Maßstab und die Erdverkabelung. Na ja, das ist nicht besonders geistreich.

Jetzt liest man aber, dass Herr Seehofer und Herr Gabriel schnell eine Wende einleiten wollen. Noch einen kleinen Seitenhieb an die lieben Freundinnen und Freunde von der SPD: Es wäre natürlich sinnvoll, sich direkt an Herrn Gabriel zu wenden; denn er hat die Fäden in der Hand und könnte für mehr Transparenz sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Jetzt soll auf einmal alles vom Tisch sein. In einem kleinen Kaffeekränzchen wird entschieden und eine neue Leitung ausgedacht. Da kommt bei den Energiepolitikern Freude auf. Das Grundmotiv der Leitungsplanung ist heute nicht mehr, wie man den Strom wegbekommt und ob denn in Meitingen vielleicht ein besonderer Lastschwerpunkt ist, sondern das Grundmotiv der Leitplanung heißt: Wie kann sich Herr Seehofer am besten wieder aus dem Schlamassel ziehen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle möchte ich auch die Worte von Frau Kohlen noch einmal aufgreifen. Frau Aigner, nehmen Sie das Heft in die Hand. Sorgen Sie hier für eine klare Linie. Ich glaube, bei Ihnen ist hier bei Weitem mehr Sachverstand vorhanden.

Wir unterstützen also die Anträge von SPD und FREIEN WÄHLERN; denn es ist Zeit, zu erfahren, warum die Bayerische Staatsregierung noch vor wenigen Wochen die Thüringer Strombrücke für ausreichend hielt, jetzt aber sagt, dass wir HGÜ-Leitungen brauchen. Es ist Zeit, zu erfahren, warum die neue Trasse nicht mehr durch den Wahlkreis von Herrn Seehofer führt. Und warum führt sie jetzt durch den Wahlkreis von Herrn Huber? Vielleicht waren Sie in letzter Zeit etwas zu unartig; denn jetzt hat es Sie mit Ihrem Wahlkreis erwischt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das tut uns allen natürlich schrecklich leid, aber so etwas kann einmal passieren, wenn solche Sachen im Kaffeekränzchen ausgemauschelt werden.

Es ist auch an der Zeit zu wissen, mit welchen Modellen die Bayerische Staatsregierung auf einmal netztechnische Studien berechnet. Nach Newton-Raphson, oder was machen Sie? Das würde mich wirklich sehr interessieren. Es ist auch an der Zeit, zu erfahren, was die Gutachter und die Fachleute denn jetzt falsch berechnet haben. Dieses ganze Schmierentheater muss ausgeleuchtet werden. Deswegen: mehr Transparenz!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Baumgärtner, wenn Sie heute, wie Sie angekündigt haben, die Anträge von FW und SPD ablehnen, dann muss man wirklich sagen: All Ihre tollen Äußerungen von wegen "Koalition mit den Bürgern" kann man wirklich begraben; denn was steht in diesen beiden Anträgen denn mehr drin als die Forderung nach mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung? Hier jetzt einen Grund zu konstruieren, das ist schon mehr als eigenartig.

Abschließend möchte ich noch sagen: Wenn wir gemeinsam aktiv für Klimaschutz kämpfen wollen, dann brauchen wir endlich einen CO₂-Grenzwert für neue Kraftwerke, dann brauchen wir einen CO₂-Mindestpreis. Erst dann kommen wir in dieser Frage nach vorne. In diesem Sinne - herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Herr Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Baumgärtner, Sie wollen jetzt den Bedarf an Strom im Freistaat Bayern ermitteln. Ich muss schon sagen: Auf welcher Grundlage haben denn dann Ihre Kollegen von CDU und CSU im Deutschen Bundestag ein Bundesbedarfsplangesetz beschlossen? Es ist schon einigermaßen dreist, ein Bedarfsplangesetz zu beschließen und dann ein Jahr später zu sagen: Ich muss den Bedarf erst feststellen. Also, derartig blind sollte man politisch nicht durch die Gegend laufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Bundesbedarfsplangesetz steht die Kohlestromtrasse von Bad Lauchstädt nach Meitingen - beschlossen im Deutschen Bundestag, auch von Ihnen, Frau Ministerin. Und nun sagt die Staatsregierung, nachdem wir massiv Druck gemacht haben - hier

im Hause, aber auch draußen mit den Bürgern: Die Kohlestromtrasse wird es nicht werden. Ich finde es sehr positiv, dass sich der Bayerische Landtag hier mehrheitlich dazu durchgerungen hat, diesen falschen Schritt zu korrigieren. Allerdings muss man natürlich auch sagen: Das Heft hat der Bundesgesetzgeber in der Hand, und dort steht diese Trasse noch im Gesetz.

Nun soll eine neue Trasse kommen oder vielleicht gar keine Trasse, das wissen wir alle nicht. Sie wissen es auch nicht, aber Sie wollen das Ganze hinter verschlossenen Türen auf den Weg bringen, ohne die Parlamente, ohne die Bürger, ohne die Kommunen einzubinden. Damit machen Sie den nächsten Fehler.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Ich sage Ihnen auch ganz deutlich, Herr Kollege Huber: Es kann nicht sein, dass Sie den Mantel des Schweigens darüber breiten, bloß weil Sie Ihren Kompass verloren haben

(Erwin Huber (CSU): Dummes Geschwätz ist das!)

und nicht wollen, dass man Ihnen zusieht, wie Sie den Kompass suchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber vielleicht wäre es ja hilfreich, die Öffentlichkeit zu beteiligen. Vielleicht würde man den Kompass leichter finden, wenn Ihnen mehr Menschen bei der Suche behilflich sind. So funktioniert nämlich Demokratie. Es heißt nicht: Die Mehrheit hat immer recht, sondern Demokratie ist ein Zusammenspiel aller politischen Kräfte hier im Hause, aber auch der Öffentlichkeit und der Kommunen. Es wäre sinnvoll, wenn Sie so vorgehen würden. Sie aber wählen einen anderen Weg. Sie wollen sich abstimmen, Sie wollen ein Ergebnis auf den Tisch legen und dann erst mit den Bürgern reden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Pohl, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Baumgärtner zu?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, am Ende eine Zwischenbemerkung. - Wenn dann ein weiteres Mal ein Ergebnis auf dem Tisch liegt und wir dies mit der Öffentlichkeit diskutieren, dieses aber in der Öffentlichkeit keine Zustimmung findet - was machen Sie dann? Gehen Sie dann in eine weitere Runde, und irgendwann ist die Legislaturperiode zu Ende? Oder sagen Sie: Na ja, die Beteiligung der Bürger und die Beteiligung der Öffentlichkeit, das macht man halt so, das ist eine Art Placebo, aber wirklich ernst meinen wir es nicht?

Ich habe den Medien entnommen, dass Sie darüber nachdenken, das Volk zu befragen. Grundsätzlich sind plebiszitäre Elemente nicht schlecht. Nur: Worüber lassen Sie denn das Volk abstimmen? Und vor allen Dingen – und das sollten Sie schon beachten – sollten Sie den Bürgern reinen Wein einschenken in Bezug auf die Konsequenzen, die diese Volksbefragung hat. Was machen Sie denn, wenn auf Bundesebene eine Lösung festgezurrert wird, diese hier in Bayern jedoch abgelehnt wird und der Bund dann sagt: Es gibt 16 Bundesländer, die Bayern sind sicher etwas Besonderes, aber wir können nicht in allem und jedem auf Bayern Rücksicht nehmen? Was ist denn, wenn die Bevölkerung hier in Bayern Nein sagt, und am Ende kommt das Gesetz? Das wäre ein fatales Signal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir verlangen Transparenz. Wir verlangen Beteiligung der Öffentlichkeit, und wir verlangen einen echten Dialog mit den Betroffenen. Wir hängen nicht Ihrer Frosch-Teich-Doktrin an, Kollege Huber, wonach man, wenn man einen Teich trockenlegen will, die Frösche nicht fragen darf. Wir nehmen die Menschen ernst. Wir wollen die Menschen mitnehmen, und wir wollen gemeinsam mit den Menschen nach Lösungen suchen.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie unserem Antrag zu! Wir werden auch dem Antrag der SPD zustimmen. Den Antrag der CSU werden wir ablehnen. Er steht diametral dem entgegen was wir hier fordern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Pohl. Jetzt kommt die Zwischenbemerkung vom Kollegen Baumgärtner. Bitte schön, Herr Kollege.

Jürgen Baumgärtner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Pohl, ich hätte nur gerne gewusst: Wie hoch ist der Strombedarf in Bayern im Jahr 2022, und auf welche Quelle beziehen Sie sich?

(Natascha Kohnen (SPD): Statistisches Landesamt! – Weitere Zurufe)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Baumgärtner, wollen Sie noch weiter nachfragen?

Jürgen Baumgärtner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, das war meine konkrete Nachfrage.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wir haben ein Statistisches Landesamt, und wenn Sie nach dem Strombedarf für 2022 fragen, dann ist das ein - -

(Markus Blume (CSU): Wissen Sie es denn? – Erwin Huber (CSU): Sagen Sie doch die Zahl! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt lassen Sie den Herrn Pohl bitte ausreden und die Frage beantworten. Bitte schön, beruhigen wir uns! Herr Pohl, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich dachte, es wäre nur eine Zwischenbemerkung pro Fraktion zulässig und nicht zehn.

(Zurufe von der CSU)

- Jetzt geht das schon wieder weiter.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Pohl, Zwischenrufe sind zulässig.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Ja, schon klar, aber man muss sich ja auch, selbst wenn man eine laute Stimme hat, hier irgendwie Gehör verschaffen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich sehe, die CSU-Fraktion hat an der Beantwortung der Frage kein Interesse.

(Zurufe von der CSU: Doch!)

Im Übrigen wäre es Ihre Sache gewesen, die Hausaufgaben zu machen. Wer ein Bundesbedarfsplangesetz auf den Weg bringt, muss den Bedarf ermitteln, und deshalb muss er in den Materialien zu diesem Gesetz drinstehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Baumgärtner, wir sprechen zum Thema, und das heißt Transparenz.

(Lachen bei der CSU – Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich möchte die Mitglieder der CSU-Fraktion bitten, Herrn Kollegen Pohl ausreden zu lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Zu den Themen unseres Antrags habe ich Sie ausreichend in Kenntnis gesetzt.

(Lachen bei der CSU)

Sie haben jetzt die Möglichkeit - Herr Kollege Baumgärtner, jetzt müssen Sie Gleichgewichtsübungen machen -, unserem Antrag zuzustimmen. Tun Sie es! Wenn Sie es nicht tun, dann zeigen Sie, wie Sie mit der Bevölkerung umgehen und welchen Wert sie der Meinung der Bevölkerung zumessen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Pohl, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Frau Kohnen hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Pohl, ich glaube, Sie sind Jurist. Ich bin Naturwissenschaftlerin. Herr Baumgärtner, wie ermittelt man so etwas? – Ich glaube, er ist auch kein Energiepolitiker, sondern ein erregter Schwabe, weil dort die Trasse hinkommen soll.

(Lachen bei der CSU)

- Was lachen Sie? Der Ministerpräsident, der jetzt eingetroffen ist, sagt jedem vor Ort, egal ob in Schwaben oder sonst wo: Mit mir wird es hier keine Trasse geben. Sie brauchen also über die Schwaben nicht zu lachen. Die Schwaben nehmen das Wort des Ministerpräsidenten ernst. Mehr will ich dazu gar nicht sagen.

Herr Pohl, würden Sie mir erlauben, Herrn Baumgärtner kurz zu sagen, wie man solche Werte extrapoliert? Den Stromverbrauch bis 2021 kann man anhand der Industrieentwicklung usw. sehr gut ermitteln.

(Zuruf von der CSU)

- Statistisches Landesamt! Dort finden Sie die Verbräuche der letzten Jahre und Jahrzehnte.

(Zuruf von der CSU)

Wenn man 2 % der Fläche Bayerns mit Windkraftanlagen versehen würde, wäre der Stromverbrauch Bayerns gedeckt. Wir sind nicht im Kindergarten. Man fragt nicht

einen Juristen nach solchen Zahlen. Meine Lieben, man kann berechnen, wie viel Strom man in Zukunft braucht, genauso wie man übrigens berechnen kann, Herr Spaenle, wie viele Lehrer man in den nächsten Jahren braucht.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Pohl, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Kohnen, Sie sind sehr gütig und zuvorkommend und erteilen Kollegen Baumgärtner Nachhilfe. Diese Information hätte er vorher selber ermitteln können, deswegen keine Antwort von mir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Letzte hat nun Frau Staatsministerin Ilse Aigner das Wort. Bitte schön.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass Sie nach dem schönen gestrigen Abend alle da sind. Das freut mich.

(Zuruf von der SPD: Namentliche Abstimmung!)

- Genau, wegen der namentlichen Abstimmung.

Ich will mit einer Vorbemerkung beginnen. Herr Glauber hat ein schönes Trikot an. Wir freuen uns alle über das Superergebnis unserer Weltmeister. Sie haben aber auch Herrn Löw angesprochen, unseren Bundestrainer. Erstens. Die Debatte heute erinnert mich irgendwie an die Diskussion, die zu Beginn der Weltmeisterschaft über unseren Trainer geführt wurde. Die Kommentierung können Sie heute nachlesen. Entscheidend ist, was am Schluss rauskommt. Genau daran erinnert mich die Debatte heute, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Genauso wird es letztendlich auch sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sind Sie die Kontrolleurin oder Herr Söder? Das müssen Sie beantworten!)

- Wir sind ein super Team. Machen Sie sich keine Sorgen um uns. Wir sind ein perfektes Team.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie Brasilien!)

Zweitens. Mit dem Strombedarf für die der Zukunft ist es so eine Sache, liebe Frau Kohnen. Sie haben gesagt, dass extrapoliert wird.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich kann Ihnen sagen: Wir werden die Schätzungen für die Zukunft bzw. die Werte, die ermittelt werden, mit dem Fortschrittsbericht Ende des Jahres vorlegen. Dann werden neue Zahlen vorliegen. Ich glaube, man kann schon so viel sagen: Die Wahrscheinlichkeit, dass der Strombedarf in Bayern steigt, ist relativ groß, und zwar auch deshalb, weil wir eine gute wirtschaftliche Entwicklung haben. Es sollte uns eigentlich auch einmal freuen, dass wir eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Bayern haben, das finde ich zumindest.

(Beifall bei der CSU)

Eine dritte Anmerkung. Zur Frage, wie man auch manches ersetzen kann, will ich Ihnen ein Rechenbeispiel mitgeben. Das müssen Sie dann auch konsequent durchgehen. Um die Strommenge von Isar 2 zu ersetzen, brauchen Sie 4.000 Windräder an sehr windstarken Standorten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Man sollte gar nicht auf die Windtrasse setzen?)

- Nein; nein; ich will Ihnen nur die Größenordnung aufzeigen, damit man sieht, was man alles machen kann. Deshalb stellt sich in der Tat die Frage des Bedarfs an Stromaustausch. Ich lasse nicht zu, dass dem Ministerpräsidenten in die Schuhe geschoben wird, er würde manches nicht durchsetzen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ganz im Gegenteil: Wenn Sie seine Erklärung genau verfolgt hätten und auch genau hinhören würden, wüssten Sie, dass er immer wieder massiv dafür geworben hat, dass wir zum Beispiel die Thüringer Strombrücke brauchen. Diese werden wir auch durchsetzen. Wir tun auch alles dafür. Das ist eine der wichtigsten Entscheidungen der nächsten Zeit. Es geht nämlich darum, die Abschaltung von Grafenrheinfeld und Gundremmingen zu kompensieren. Wir tun alles dafür, dass dies möglich ist. Der Ministerpräsident stellt sich dafür auch persönlich hin, übrigens auch vor der Wahl. Diejenigen, die vor Ort dabei waren, wissen das sehr wohl, auch die örtlichen Abgeordneten. Das ist nämlich in der Tat sehr wichtig.

Eine weitere Bemerkung: Wir haben auch gesagt – das sagten wir vor der Wahl und sagen wir nach der Wahl, und wir haben auch Erfolge –, dass wir Stromleitungen brauchen. Der Nachweis, dass wir sie brauchen, muss erbracht werden. Das ist die erste Voraussetzung. Die zweite Voraussetzung ist, dass auch im Netzentwicklungsplan, dem ich zugestimmt habe, steht, dass dies zum Austausch von erneuerbaren Energien dient. So ist es darin gestanden. Deshalb haben wir gesagt: Die Süd-Ost-Passage lehnen wir aus dem Grund ab, weil sie eben nicht auf den Austausch erneuerbarer Energien abzielt. Deshalb haben wir das durchgesetzt; das ist eindeutig so. Da kann man dann auch einmal Danke sagen – es sei denn, Sie wollen sie unbedingt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Ein Weiteres – auch das dürfte den geneigten Kolleginnen und Kollegen nicht entgangen sein: In den letzten Monaten haben wir die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes verhandelt. Mit diesem Erneuerbare-Energien-Gesetz, das letzte Woche,

am Freitag erst vom Bundesrat verabschiedet wurde und das zum 1. August in Kraft tritt und jetzt von der Kommission übrigens auch bestätigt wurde – mit freundlicher gemeinsamer Aktion von SPD und CDU/CSU oder anders herum, wie auch immer Sie wollen –, haben wir eine Reform geschafft, die ganz wesentliche Veränderungen mit sich bringt, insbesondere auch hinsichtlich des Ausbaus von Korridoren. Auf dieser Basis, meine Damen und Herren, wird jetzt neu gerechnet. Die Daten liegen mir auch noch nicht vor. Das ist der Fakt. Deshalb macht es jetzt überhaupt keinen Sinn, über irgendwelche Zwischenergebnisse zu philosophieren. Ich habe ein wenig den Eindruck, dass es Ihnen nicht um Aufklärung, sondern um maximale Verunsicherung geht.

(Beifall bei der CSU – Natascha Kohnen (SPD): Nein! Das haben Sie doch schon gemacht!)

Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Es bleibt dabei, und es wird auch so sein. Wir haben dies auch schriftlich niedergelegt. Wir lehnen die Süd-Ost-Passage aus den genannten Gründen ab.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat Herr Seehofer bei der Stromtrassendiskussion schon hinreichend gemacht!)

Begleitend wird gerechnet und mit den Fachleuten des Bundesministeriums, der Bundesnetzagentur sowie den Übertragungsnetzbetreibern verhandelt. Dies wird dann auch entsprechend kommuniziert.

Meine Damen und Herren, wenn wir dann ein Ergebnis haben, werden Sie, die Abgeordneten des Bayerischen Landtags, und natürlich auch die Kommunen vor Ort, als Erstes informiert. Das ist überhaupt keine Frage. Das Ganze wird in einem geordneten Verfahren stattfinden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wann ist das denn?)

- Das ist ein ganz normales reguläres Verfahren, das jetzt mit der Befragung läuft, meine Damen und Herren. – Die Gründe für den Wegfall von Trassen sowie weitere Änderungen werden dann in dem zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplanes – der erste Entwurf liegt ja jetzt vor – dargestellt und dann auch erläutert. Dazu können übrigens auch alle Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Bundesnetzagentur Stellung nehmen, meine Damen und Herren. Deshalb ist die Frage, die Sie aufgeworfen haben, populistisch. Ich weise sie zurück. Zwischenstände werden wir mit Ihnen letztendlich nicht diskutieren, meine Damen und Herren.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, die gesamte Netzplanung zum Wohl und mit den Bürgern zu gestalten. Bei uns gilt nach wie vor: Wir brauchen eine optimale Verträglichkeit für Mensch, für Landschaft und für Natur. Diese wollen wir sicherstellen. Deshalb müssen wir natürlich auch mit Mehrkosten rechnen. Meine Damen und Herren, dazu kann ich sagen: Wir haben im EEG auch festgelegt, dass die Mindestabstände zu berücksichtigen und Erdkabel möglich sind. Wenn Sie schon immer der Meinung waren, dass dies richtig ist, dann müssen Sie jetzt auch begrüßen, dass dies so im Gesetz steht.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Ich bin ohnehin gleich fertig. – Lassen wir doch erst Frau Kohnen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Moment! Wir haben mehrere. Wir haben vom Kollegen Stümpfig eine Meldung zur Zwischenfrage. Wir haben von Ihnen, Frau Kohnen, und von Herrn Aiwanger Meldungen zu Zwischenbemerkungen. – Nur damit alle wissen, worum es geht.

(Unruhe bei der CSU – Markus Blume (CSU): Aktueller Stand Volksbegehren!)

Jetzt hat die Frau Staatsministerin das Wort. Sie hat gesagt, dass sie ohnehin gleich fertig ist.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Nein, er kann schon fragen. Bitte schön.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Gut. Herr Stümpfig, Sie können gleich Ihre Frage stellen. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Aigner, wir begrüßen es sehr, dass Sie sich jetzt für die erneuerbaren Energien einsetzen wollen. Meine Frage: Sie haben das EEG sehr gelobt. Wie kann es denn sein, dass im neuen Szenario 2015 auf einmal vier Gigawatt mehr Kohlestrom einberechnet werden müssen? Durch die Neuerungen im EEG bremsen wir die Windkraft, die Photovoltaik und Biogas aus. Wie passt das zusammen, vier Gigawatt mehr Kohlestrom?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Zum einen weise ich den Vorwurf, dass wir den Ausbau ausbremsen, zurück. Deutschlandweit muss ein geordneter Korridor mit dem Ausbau der Netze einhergehen.

Zum wiederholten Mal zur Windenergie: Die Windenergie kann auch in Zukunft in Bayern ausgebaut werden.

(Zuruf von der SPD: Aber nur vereinzelt!)

- Nein, nicht vereinzelt. Wenn es so ist, wie Sie es sagen, kann ein Gemeinderat mit einer einfachen Bauleitplanung Bürgerwindkraftanlagen, über die sich alle vor Ort einig sind, auch beschließen. Dann kann auch unterhalb der Grenze der 10-H-Regelung gebaut werden. Haben Sie doch Vertrauen in die Kraft der Kommunalpolitiker vor

Ort! Sie wollen immer Entscheidungshoheit haben, und die haben Sie damit auch bekommen, meine Damen und Herren. Deshalb wird es auch einen Ausbau der Windenergie geben.

(Beifall bei der CSU)

Wir diskutieren sehr wohl über die Frage, warum momentan das eine oder andere, darunter auch zu viel Kohle, in die falsche Richtung läuft. Deshalb gibt es eine zweite Stufe, die ich jetzt gar nicht angesprochen habe; denn ich kann nicht jedes Mal alles sagen. Nach der EEG-Reform muss es eine Reform des Kapazitätsmarktes geben, die dafür sorgt, dass gute Gaskraftwerke noch betrieben werden können, weil es dafür im Moment kein Marktdesign gibt. Das ist die Hausaufgabe, die wir in der Großen Koalition noch erledigen müssen. Diese Aufgabe wird im Herbst in Angriff genommen. Dazu gibt es ein Weißbuch und ein Grünbuch. Das wird gemacht, und das brauchen wir, um die Grundlast in Deutschland sicherzustellen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. Jetzt hat Herr Kollege Aiwanger zu einer Zwischenbemerkung das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Hat er schon das Ergebnis der Volksbefragung?

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das brauche ich nicht!

Frau Ministerin Aigner, Sie haben vorher selber gesagt, dass rund 4.000 Windkraftträder nötig seien, um die Kernkraftanlage im Landkreis Landshut in Niederbayern zu ersetzen. Trotzdem setzen Sie mit dieser Windstromleitung darauf, dass wir genügend Windenergie nach Bayern holen. Warum setzen Sie nicht auf eigene bayerische Gaskraftwerke, bis wir diese Leitungen fertig haben, von denen wir noch gar nicht wissen, wohin wir sie stellen sollen? Die Ausrede, dass die Gaskraftwerke derzeit nicht rentabel sind, lasse ich nicht gelten.

(Markus Blume (CSU): Der versteht es immer noch nicht!)

Meine Frage: Warum setzen Sie nicht auf einen eigenen Weg mit Gaskraftwerken? Dann sind wir die Debatte, welcher Landkreis davon betroffen ist, los. Heute ist es Oberfranken, morgen Augsburg, übermorgen Landshut. Wir müssen raus aus dieser Spirale der Angst bei der Bevölkerung vor Ort. Setzen Sie auf Gaskraft, wie wir es unmittelbar nach Fukushima gesagt haben. Damals wurden wir ausgelacht. Setzen Sie auf Gas, dann ist das Thema Windstromleitung erledigt. Warum machen Sie das nicht?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Aiwanger. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Lieber Herr Kollege Aiwanger, noch einmal langsam zum Mitschreiben:

(Beifall bei der CSU)

Ich bin übrigens Elektrotechnikerin. Deswegen kenne ich mich in dem Bereich auch ganz gut aus. Nach dem momentanen Strommarktdesign haben die erneuerbaren Energien Vorrang, wie wir es alle wollten. Nachdem die variablen Kosten günstig sind, sind sie gegenüber jedem anderen Kraftwerk konkurrenzfähig, weil sie keine Grundstoffkosten haben. Das ist ein ganz einfaches Faktum. Dadurch werden konventionelle Kraftwerke, egal ob Kohle-, Gas- oder Atomkraftwerke, aus dem Markt gedrängt, so dass ihre Laufzeiten kürzer werden. Das ist die ganz einfache Rechnung. Deswegen habe ich versucht, Ihnen zu erklären, dass es jetzt notwendig ist, ein neues Marktdesign aufzustellen, damit diejenigen Kraftwerke, die auch für die Vorhaltung vorhanden sein müssen, in der Zeit, in der weder Wind weht noch die Sonne scheint, laufen können. Dieses Marktdesign gibt es im Moment nicht. Deshalb habe ich versucht zu erklären – hoffentlich haben Sie es jetzt verstanden -, dass wir eine Änderung des Strom-

marktdesigns und neue Kapazitätsregeln brauchen. Darüber verhandelt Bundesminister Gabriel intensiv. Das steht auch so im Koalitionsvertrag. Deswegen haben wir immer gesagt: Der erste Schritt ist die EEG-Reform. Der zweite Schritt sind die Verhandlungen über die Kapazitätsmärkte und die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, um es komplett zu machen. Das ist die nächste Aufgabe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, keiner hat behauptet, dass die Energiewende ein einfaches Thema ist. Nirgends auf der Welt gibt es dafür eine Blaupause. Deshalb ist es klar, welches Ziel wir haben. Wir wollen erneuerbare Energien statt Atomkraft. Wir wollen weniger CO₂, weil das auch für das Klima wichtig ist. Deshalb ist die Energieeffizienz, die auch noch auf der Tagesordnung steht, ein wichtiges Thema. Deshalb werden wir immer auch bestehende Pläne überarbeiten müssen; denn wir können Entwicklungen nicht vorausberechnen, weil wir keine Planwirtschaft haben.

(Florian von Brunn (SPD): Aber auch keine ungeplante Wirtschaft!)

Man weiß nicht genau, wie sich der Strombedarf entwickelt, und man weiß auch nicht genau, welcher Zubau bei den erneuerbaren Energien in der Privatwirtschaft erfolgt oder welche Kraftwerke vom Netz gehen. Deswegen muss man immer wieder den Plan ändern, und deshalb werden wir im Herbst eine Überarbeitung des Energieplans auflegen. Darüber werden wir gemeinsam im Herbst diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. Einen Moment noch, bitte. Frau Kohnen hatte sich noch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Ministerin, der Energieverbrauch steigt. Das ist zu befürchten. Ich freue mich nicht darüber, weil wir in Bayern bei der Einsparung hinterherhinken. Das sollten wir bei den Haushaltsverhandlungen beachten, wenn es um die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude geht.

Dazu werden wir einen Antrag stellen. Derzeit haben wir 4.000 Windräder. Das sagt nichts über die Leistung aus; das betone ich, nachdem Sie vorhin schon eine Schulstunde zum Stromverbrauch gegeben haben. Die Anzahl von Windrädern sagt nichts über deren Leistung aus. Mit der Aussage, dass es 4.000 Windräder gibt, kann man nichts anfangen. Wieviel Leistung ist das denn?

Sigmar Gabriel hat ganz klar gesagt, dass das neue EEG keine neue Geschäftsgrundlage für ein Energiekonzept in Bayern ist. Ehrlich gesagt, wir können doch nicht jedes Mal, wenn das EEG novelliert wird, die Energiewende in Bayern stoppen und sagen: Hoppla, hier passiert etwas Neues.

(Beifall bei der SPD)

Die Erdverkabelung und die Mindestabstände müssten wir begrüßen. Ich muss mich echt wundern. Sie haben drei Jahre gebraucht, um das zu kapieren. Das müssten wir begrüßen und uns darüber freuen.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Es ist doch schön, wenn wir jetzt gemeinsam ein Ziel haben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben doch dagegen gestimmt, Frau Aigner!)

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Bei Ihnen wünsche ich mir einfach mehr Tempo bei der Energiewende.

Sie haben von maximaler Verunsicherung gesprochen. Dort drüben sitzt die maximale Verunsicherung: der Herr Ministerpräsident.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zu dem Thema, über das wir hier diskutieren. Legen Sie bitte schön die Verhandlungen über die Stromtrassen offen. Sagen Sie, über was Sie verhandeln möchten. Die Verunsicherungen, die durch die Tausenden von Bürgerinitiativen in Bayern gegen Stromtrassen entstehen, sind doch schon das Chaos pur. Sie müssen

es jetzt schaffen, die Menschen wieder an Bord zu holen. Sie sagen, für die Energiewende gibt es keine Blaupause. Das ist richtig, Frau Aigner. Deswegen kann es auch keine Volksbefragung geben. Wenn Sie keine Blaupause haben – ich habe sie auch nicht -, müssen wir mit den Menschen in Bayern gemeinsam die Energiewende planen und uns beraten lassen, statt zu sagen: Wenn es kantig wird, befragen wir das Volk. Wahrscheinlich wird Ihre JU kantig, und Sie müssen die JU beruhigen. Die Menschen in Bayern brauchen aber etwas anderes. Sie wollen endlich mitmachen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Noch einmal zur Prognose: Ich habe nur gesagt, dass die wirtschaftliche Entwicklung steigt. Es ist doch ein Grund zur Freude, wenn wir uns in Bayern gut entwickeln. Das kann man nicht von jedem Land sagen, auch nicht von Europa und von der Bundesrepublik Deutschland. Dass der Auftrag, die Energieeffizienz voranzubringen, ganz klar ist, sage ich auch ausdrücklich. Deshalb werden wir in Bayern ein 10.000-Häuser-Programm auflegen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie gemeinsam – das sage ich auch an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen gerichtet – mithelfen würden, dass wir bei der steuerlichen Anerkennung der energetischen Gebäudesanierung nicht von den anderen Bundesländern boykottiert werden. Das ist das Effizienteste, was wir machen können.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wunderbar! Aber Sie müssen Ihre Hausaufgaben zu Hause machen!)

Wir werden im Bundesrat einen Antrag einbringen.

(Natascha Kohnen (SPD): Sie müssen auch in Bayern fördern!)

- Auch in Bayern werden wir fördern. Das sage ich hiermit zu. Es wird in Bayern ein 10.000-Häuser-Programm für Energieeffizienz geben. Ich freue mich über jede Unterstützung durch jedes Bundesland, wenn der Antrag Bayerns zur steuerlichen Absetzbarkeit von energetischer Gebäudesanierung im Bundesrat eingebracht wird. Das ist einmal das Grundsätzliche.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Noch einmal, Frau Kohnen: Es ist ein ganz reguläres Verfahren. Die Rahmenbedingungen sind klar. Wir lehnen die Süd-Ost-Passage ab, weil wir Austausch von Strom aus erneuerbaren Energien wollen. Wir begrüßen, dass wir jetzt die Bündelung an bestehenden Infrastrukturmaßnahmen als Ziel haben. Wir wollen natürlich durch die Erdverkabelung auch die Verträglichkeit sicherstellen. Ich finde es nach wie vor gut, dass wir sie jetzt drin haben. Es ist doch in Ordnung. Wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen und die Leute nicht verunsichern, sondern, wenn wir Ergebnisse haben, mit den Bürgern gemeinsam und mit den Kommunalpolitikern diskutieren. Ich bin dazu jederzeit bereit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich verfare folgendermaßen: Ich lasse zunächst über den Antrag der FREIEN WÄHLER abstimmen, für den keine namentliche Abstimmung beantragt worden ist, anschließend über den Antrag der SPD und am Schluss über den Antrag der CSU, jeweils in namentlicher Abstimmung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/2673. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des

BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dagegen? - Das ist die Fraktion der Christlich-Sozialen Union. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gegen Transparenz!)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/2668, über den in namentlicher Form abgestimmt wird. Die Urnen stehen schon bereit. Die Abstimmung ist eröffnet. Für die erste Abstimmung sind fünf Minuten vorgesehen, für die zweite drei Minuten. Die Abstimmung kann beginnen.

(Namentliche Abstimmung von 10.02 bis 10.07 Uhr)

Die fünf Minuten sind abgelaufen. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales festzustellen.

Ich eröffne jetzt die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/2678. Dafür sind drei Minuten vorgesehen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 10.07 bis 10.10 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt und zu gegebener Zeit bekannt gegeben.

Wir kommen zur Beratung der nächsten Dringlichkeitsanträge. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen. Ich kann erst fortfahren, wenn alle ihre Plätze eingenommen haben. Das gilt für alle Seiten des Hauses.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich gebe jetzt das Ergebnis der durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl und anderer und

Fraktion (SPD) betreffend "Transparenz bei Stromtrassenverhandlungen", Drucksache 17/2668. Mit Ja haben 74, mit Nein 93 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Erwin Huber, Karl Frel-ler und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Verhandlungen über Stromtrassen", Drucksache 17/2678, haben mit Ja 94, mit Nein 72 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.07.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion SPD; Transparenz bei Stromtrassenverhandlungen (Drucksache 17/2668)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut		X		Hiersemann Alexandra	X		
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin	X			Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex				Huber Erwin		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Dr. Huber Martin		X	
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie			
Eisenreich Georg							
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine	X		
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl		X		Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus	X			Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	74	93	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.07.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Erwin Huber, Karl Freller u. a. und Fraktion CSU; Verhandlungen über Stromtrassen (Drucksache 17/2678)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse	X			Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten		X	
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin		X	
Bauer Volker	X			Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine	X		
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Hanisch Joachim		X	
Biedefeld Susann		X		Hartmann Ludwig		X	
Blume Markus	X			Heckner Ingrid	X		
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.	X		
Brannekämper Robert	X			Herold Hans	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herrmann Florian	X		
Brückner Michael	X			Herrmann Joachim	X		
von Brunn Florian		X		Dr. Herz Leopold		X	
Brunner Helmut	X			Hiersemann Alexandra		X	
				Hintersberger Johannes	X		
Celina Kerstin		X		Hofmann Michael	X		
				Holetschek Klaus	X		
Dettenhöfer Petra	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dorow Alex				Huber Erwin	X		
Dünkel Norbert	X			Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Dürr Sepp		X		Dr. Huber Martin	X		
				Huber Thomas	X		
Eck Gerhard	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Huml Melanie			
Eisenreich Georg							
				Imhof Hermann	X		
Fackler Wolfgang	X						
Dr. Fahn Hans Jürgen		X		Jörg Oliver	X		
Fehlner Martina		X					
Felbinger Günther		X		Kamm Christine		X	
Flierl Alexander	X			Kaniber Michaela	X		
Dr. Förster Linus		X		Karl Annette		X	
Freller Karl	X			Kirchner Sandro	X		
Füracker Albert	X			Knoblauch Günther		X	
				König Alexander	X		
Ganserer Markus		X		Kohnen Natascha		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kränzle Bernd	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	94	72	0